

**25. BEILAGE IM JAHRE 2019 ZU DEN SITZUNGSBERICHTEN
DES XXXI. VORARLBERGER LANDTAGES**

Selbständiger Antrag

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Beilage 25/2019

Bregenz, 6. Dezember 2019

Betrifft: **Kinderarmut bekämpfen**

Sehr geehrter Herr Präsident,

mehr als 300.000 Kinder und Jugendliche sind in Österreich armutsgefährdet. Somit lebt fast jedes fünfte Kind in einem von Armut betroffenen Haushalt bzw. in einer von Armut betroffenen Familie. Eine erschreckende Zahl.

Für Vorarlberg schauen diese Zahlen nicht anders aus. Die Caritas stellte für das Jahr 2015 fest, dass 20.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet sind.

Was dies bedeutet, ist klar und auch belegbar. Kinder, die in Armut aufwachsen, haben geringere Chancen bei der Bildung und schlussendlich am Arbeitsmarkt. Es muss deshalb rasch gehandelt werden. Österreich ist ein wohlhabendes Land, arme Menschen sollten auch an diesem Kuchen teilhaben können.

Die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion hat deshalb mit einem Maßnahmenpaket eine Initiative gestartet, um Kinderarmut zu lindern. Leider wurde diese Initiative am 3. Dezember 2019 von ÖVP, FPÖ und Grünen (sic!) vertagt.

Im Online-Standard wurde am 4. Dezember 2019¹ bekannt, dass die sich anbahnende Koalition aus ÖVP und Grünen grundsätzlich die Sozialhilfe NEU beibehalten wollen. Das heißt: Wir bekämpfen nicht die Armut,

¹ <https://www.derstandard.at/story/2000111842728/oevp-und-gruene-wollen-in-deutschkurse-investieren>

sondern die Armen. Allerdings soll es abfedernd mehr Geld für Deutschkurse geben und ein Maßnahmenpaket gegen Kinderarmut.

Ganz abgesehen davon, dass die Sozialhilfe NEU noch vom Verfassungsgerichtshof beurteilt werden muss, wird das von den Grünen ventilerte Maßnahmenpaket (das noch nicht bekannt ist), eher ein Paketchen bleiben.

Wir wollen dennoch ÖVP und Grünen auf Bundesebene ein bisschen helfen. Deshalb schlagen wir das nachfolgende Maßnahmenpaket gegen Kinderarmut vor.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen aus diesem Grund gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

A n t r a g :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert,

- a.) einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen kostenfreien Kindergartenplatz ab dem 1. Lebensjahr sowie auf einen Schulplatz in einer ganztägigen Schule endlich einzuführen;
- b.) im Rahmen eines Projektes „Gesunde Schule“ gratis ein gesundes Essen und tägliche Turn- bzw. Bewegungsstunden sicher zu stellen;
- c.) einen kostenfreien und ausreichenden Zugang zu diagnostischen und therapeutischen Leistungen im Kinder- und Jugendalter zu ermöglichen.

Des Weiteren wird die Landesregierung aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten,

- d.) 5.000 Lehrerinnen und Lehrer bundesweit mehr einzusetzen, wo sie am meisten gebraucht werden;
- e.) den Familienbonus neu zu gestalten, damit auch Niedrigverdiener und -verdienerinnen davon profitieren. Es kann nicht sein, dass Gutverdienende einen wesentlich höheren Familienbonus bekommen, als Geringverdienende;
- f.) die Unterhaltsgarantie endlich einzuführen;
- g.) das Schulstartgeld von 100 Euro auf 200 Euro zu erhöhen.

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 1. Sitzung im Jahr 2020, am 5. Februar, den Selbständigen Antrag, Beilage 25/2019/XXXI. GP, mit punktweise unterschiedlichem Stimmverhalten – wie folgt – mehrheitlich abgelehnt:

- **die Punkte a.), b.), c.), d.), e.) und g.) mit den Stimmen der VP-, der FPÖ- und der NEOS-Fraktion sowie der Fraktion Die Grünen (dafür: SPÖ),**
- **Punkt f.) mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen (dafür: SPÖ, FPÖ und NEOS).**

Hinweis: siehe auch Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 11/2020